

# Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



## ...newsletter



Newsletter zur 07. Sitzungswoche 2011

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

ich ärgere mich sehr über die Publicity-Show, die die Bundeskanzlerin mit der von ihr im Schweinsgalopp ins Leben gerufenen Ethikkommission zur Atomenergie inszeniert. Bis Ende Mai sollen 17 von Angela Merkel berufene Kommissionsmitglieder - 14 Männer und drei Frauen - den plötzlichen schwarz-gelben Schwenk in der Atompolitik irgendwie legitimieren. Mich ärgert außerordentlich, dass die notwendigen Diskussionen nicht da geführt werden, wo sie hingehören: ins Parlament! Hier sitzen die gewählten VolksvertreterInnen. Da das juristisch umstrittene dreimonatige Moratorium im Juni ausläuft, bleiben dem Deutschen Bundestag dann nur zwei Wochen Zeit für Entscheidungen. So sieht Achtung vor dem Gesetzgeber nicht aus. Ich bezweifle sehr, dass wirklich ein partei- und fraktionsübergreifender Energiekonsens mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung erzeugt werden soll.

Bürgerinnen und Bürger sollen als Versicherte ebenso wie als Patientinnen und Patienten Vertrauen in unser Gesundheitswesen haben können. Als Sozialdemokratin stehe ich für eine qualitativ hochwertige Pflege und gesundheitliche Versorgung für alle - unabhängig vom Geldbeutel, vom Alter oder vom Wohnort. Für mich stellt eine leistungsfähige ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung und Pflege ein wichtiger Teil der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsfürsorge dar. Gesundheitspolitik ist Sicherstellung von Lebensqualität für jede und jeden Einzelnen.

Ich glaube nicht, dass Gesundheitsminister Rösler Schluss macht mit der einseitigen Entlastung der Arbeitgeber, den Kopfpauschalmodellen und der Privatisierung der Pflegeversicherung. Ich befürchte vielmehr, dass er als nun designierter Parteivorsitzender und Vizekanzler noch mehr als bisher der Privatisierung und Individualisierung, dem Wettbewerb um Gesundheitswesen zu Lasten von PatientInnen und Beschäftigten anhängt. Aber warten wir erst mal Ergebnisse der jungen Milden ab!

Viel Spaß beim Lesen!

*Mechthild Rawert*



1)

## Inhalt:

### ■ Gesundheitspolitik

Patientenrechtegesetz modernisieren 2  
Rede im Parlament

Rede: Fallpauschalen in Krankenhäusern 2  
Rede im Parlament

### ■ Gleichstellungspolitik

Gender Mainstreaming - eigentlich längst Gesetz aber längst nicht durchgesetzt 2

Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen durchsetzen 3

Hinweis auf DGB-Projekt „Familienernährerin“ 4

### ■ Aus dem Bundestag

Tschernobyl mahnt - Für eine zukunftssichere Energieversorgung 4

Deutschlands Rolle im UN-Sicherheitsrat 4

Faire Lebensmittelpreise und transparente Produktionsbedingungen 5

Europäische Betriebsräte stärken 5

Verbraucherschutz in der Telekommunikation stärken 5

Einsatz Externer in der Bundesverwaltung transparenter machen 6

Aktuelle Stunde: Klonfleischverbot 6

### ■ Praktikum im Bundestag

Dara Spieß berichtet 6

### ■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin

Klaus Wowereit verkörpert das Berliner Lebensgefühl 7

Forum Gesundheit im Frauenmärz 8

Spende an die „Wundertüte“ der AWO Friedenau 8

Informationsangebot zu Eierstockkrebs 9

■ Einladungen/Terminhinweise 9

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ www.mechthild-rawert.de



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

### ■ Gesundheitspolitik

#### Patientenrechtgesetz modernisieren

Rede im Parlament am 08.04.2011

**IGeL-Leistungen belasten Verhältnis zwischen ÄrztInnen und PatientInnen**



Der Antrag der SPD-Fraktion „Für ein modernes Patientenrechtgesetz“ (Drs. [17/907](#), [17/5227](#)) bildete am Freitag den Abschluss

der gesundheitspolitischen Parlamentsdebatte. Wir fordern in diesem Antrag unter anderem, die PatientInnenrechte in einem eigenständigen Gesetz zusammenzufassen und damit zu stärken. Eine Forderung unseres Antrags sieht außerdem die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens zur Eindämmung der sogenannten Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL-Leistungen) vor.

Hintergrund: Nach Angaben des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) zeigen Befragungen von PatientInnen, dass der IGeL-Markt in den letzten Jahren rasant gewachsen ist. Mittlerweile erhalten 25% der PatientInnen Angebote der Ärzte zu IGeL-Leistungen. Dadurch ist das Gesamtvolumen in den letzten beiden Jahren sprunghaft von 1 Mrd. auf 1,5 Mrd. gewachsen. Die Angebote gehen dabei meist von Ärztinnen und Ärzten aus. Als Folge werden bereits Seminare für Sprechstundenkräfte angeboten, in denen „Weiterbildungen“ zur Optimierung des Verkaufs von IGeL-Leistungen gelehrt werden.

Ich sage deshalb klar: Die ständige Ausweitung der sogenannten Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL-Leistungen) ist aus folgenden Gründen ein Problem:

- Sie belasten zunehmend das Verhältnis von Ärztinnen und Ärzten zu ihren Patienten.
- Sie belasten den Glauben an die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens.
- Sie erwecken den Eindruck, der Leistungskatalog, also die Leistungen, die die gesetzlichen Krankenkassen bezahlen, wären minderwertig oder reichten nicht aus.

Leider lässt die Bundesregierung den Griff in die Portemonnaies der Versicherten geschehen und stimmt nicht mit unserem Antrag überein: Ein gesetzlicher Rahmen zur Eindämmung der IGeL-Leistungen wurde von Schwarz-Gelb damit verhindert. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Schutz von Patientinnen und Patienten genügen den Ansprüchen an ein modernes partizipatives Patientenrecht nicht. Sie sind unübersichtlich und wenig transparent und es bestehen klare Defizite im Vollzug.

Die Vorschläge der interdisziplinären Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion in der letzten Legislaturperiode sind nun in ein umfassendes Konzept für ein modernes Patientenrechtgesetz eingeflossen.

#### Fallpauschalen in Krankenhäusern

Rede im Parlament am 07.04.2011

**Finanzierung der Krankenhausversorgung auf dem Prüfstand**

Ebenfalls auf der Tagesordnung stand in dieser Sitzungswoche die Zukunft der Finanzierung der Krankenhausversorgung. Bereits am Donnerstag habe ich als **Berichterstatte**rin der SPD-Bundestagsfraktion für die **Stationäre Versorgung** im Plenum zu einem Antrag der Linksfraktion zur Evaluation der Wirkung der Fallpauschalen in Krankenhäusern Stellung genommen.



Wichtig war mir dabei herauszustellen, dass die Finanzierung der Krankenhausleistungen über diagnosebezogene Fallpauschalen (DRGs) einer gründlichen Begleitforschung über die praktischen Auswirkungen vor Ort bedarf.

Zu schnelle, sogenannte „blutige“ Entlassungen von PatientInnen oder zunehmender Zeitdruck für ÄrztInnen und Pflegekräfte - mögliche Folgen der DRGs - müssen verhindert werden.

Der erste „Endbericht zum ersten Zyklus der G-DRG-Begleitforschung“ des IGES-Instituts aus dem Untersuchungszeitraum 2004 bis 2006 liefert dazu keine abschließenden Ergebnisse. Zur Entstehung dieser Evaluation gab es durchaus berechtigte Kritik: Unter anderem die, dass diese Begleitforschung erst Mitte 2008 durch Ausschreibung in Auftrag gegeben wurde und die ersten Ergebnisse erst 2010 vorlagen. Ich hoffe, dass der zweite Bericht, der Mitte dieses Jahres erscheinen wird, detailliertere Ergebnisse liefert.

### ■ Gleichstellungspolitik

#### Gender Mainstreaming - eigentlich längst Gesetz aber längst nicht durchgesetzt



Am 06.04. hat sich die AG Gleichstellung der SPD Bundestagsfraktion mit der Frage befasst, ob und wie Gender Budgeting in die Finanzplanung des Staatshaushaltes einfließt. Gender Budgeting anzuwenden

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



bedeutet eine Prüfung und Anwendung des Haushalts-Budgets aus der Geschlechterperspektive. Die Prüfung bezieht alle Phasen des Budgetprozesses mit ein. Ziel ist es, sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben unter der Zielsetzung der Geschlechtergerechtigkeit zu gestalten. Obwohl Geschlechtergerechtigkeit bereits 2000 in den § 2 der Geschäftsordnung der Bundesregierung eingeschrieben wurde, und seit 2006 auch eine Machbarkeitsstudie dazu vorliegt, ist auf Bundesebene seit 2005 nichts mehr passiert.

### Gender Budgeting in Berlin

Anders sieht es im Berliner Landeshaushalt aus. Dilek Kolat, finanzpolitische Sprecherin der SPD im Abgeordnetenhaus, konnte von der erfolgreich begonnenen Umsetzung dieses Prinzips berichten. Sie stellte die Implementierung von Gender Budgeting als Baustein der Verwaltungsmodernisierung dar, die dafür sorgt, dass die tatsächlichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sich besser in Verwaltungshandeln und bei der Mittelvergabe abbilden. Zum Beispiel bei der Planung von Grünflächen oder Sportstätten, wo die ganz unterschiedliche Nutzung der Geschlechter berücksichtigt werden sollte. Ebenso bei der Materialbeschaffung in Bibliotheken: Hier wurden offenbar die Bedürfnisse von Jungen nicht ausreichend abgebildet, so dass Jungen die Bibliotheken deutlich weniger genutzt haben. Wo das Angebot entsprechend verändert wurde, hat sich auch die Nutzungsfrequenz verbessert.

### Kein schnelles Ziel

Dilek Kolat warnte aber auch davor, von allzu schnellen Erfolgen zu träumen. An vielen Stellen ist die Datenlage nicht ausreichend, um wirklich geschlechtergerecht entscheiden zu können. Dann geht es darum, die für das staatliche Handeln wichtigen Statistiken erst einmal auch nach Geschlecht differenziert zu führen, um so nach und nach mehr Geschlechtergerechtigkeit einfließen zu lassen.

Auf der Ebene des Bundes sind noch wahrhaft dicke Bretter zu bohren, um den unter Rot-Grün begonnenen Prozess wieder aufzunehmen. Es müssen politische Leitziele für alle Haushaltsbereiche formuliert werden, die Datenerfassung muss weiter umgestaltet werden und alle Bundesbehörden müssen verstehen, dass Gender Budgeting, also die geschlechtergerechte Ausgestaltung der Staatsfinanzen, die Umsetzung des Gleichberechtigungsprinzips unserer Verfassung ist.

## Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen durchsetzen

Gemeinsam mit der gesamten SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag bin ich der Meinung, die vom Bundesfamilienministerium angebotene Vergütungsanalyse für Unternehmen auf freiwilliger Basis ist nicht ausreichend, um in Deutschland endlich eine geschlechtergerechte Entlohnung durchzusetzen.



### Lohnlücke schließt sich nicht von allein

Die seit 10 Jahren klaffende Lohnlücke von 23 % zwischen Männern und Frauen zeigt, dass freiwillige Verpflichtungen nicht ausreichen, um die Unternehmen zu einer geschlechtergerechteren Lohnpolitik zu bringen.

Die AG Gleichstellung in der SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb Eckpunkte für ein Gesetz erarbeitet, die die Bedingungen auflisten, die für eine tatsächliche Durchsetzung von gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit notwendig sind:

- Die Entgeltstruktur in den Betrieben muss offen gelegt und transparent werden.
- Die Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, Entgeltberichte zu erstellen, anhand derer die Prüfung unmittelbarer und mittelbarer Entgeltdiskriminierung möglich wird.
- Antidiskriminierungsstellen, Betriebs- und Personalräte und Gewerkschaften müssen mehr Rechte zur Feststellung von Entgeltdiskriminierung erhalten.
- Wird eine Entgeltdiskriminierung festgestellt, muss sie innerhalb einer festgelegten Frist beseitigt werden.
- Verstöße gegen die Entgeltgleichheit müssen empfindliche Strafen nach sich ziehen. Es darf nicht billiger sein, ungleiche Löhne zu zahlen, als sich an das Gesetz zu halten.
- Die Gewerkschaften müssen ein Verbandsklagerecht erhalten, damit die betroffenen Beschäftigten nicht weiter immer alleine gegen eine Diskriminierung klagen müssen.

Die Bundestagsdebatte am 07.04. zu unserem Antrag (Drs. [17/5038](#)) hat gezeigt, wie wenig es das CDU-geführte Familienministerium interessiert, mit der Entgeltgleichheit weiterzukommen. Die Ministerin war abwesend, die Redeteiligen machten zum Beispiel die „falsche Berufswahl“ vieler Frauen für die Benachteiligung verantwortlich. Eine Frechheit angesichts der Faktenlage!

In der Fraktion haben wir uns auch deshalb darüber verständigt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der diesen Eckpunkten entspricht.

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

Der Video-Clip der Fraktion zeigt unsere Position zur Entgeltgleichheit sowie zur Frauenquote:



[Frauen haben mehr verdient - schließlich leben wir nicht mehr in der Steinzeit!](#)  
(youtube)



### Hinweis: DGB-Projekt „Familienernährerin“



„Wer ernährt die Familie?“ Mit dieser Frage beschäftigt sich das seit Mai 2010 beim DGB-Bundesvorstand im Bereich Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik laufende Projekt „Familienernährerinnen“. Es zeigt sich: Es sind immer mehr Frauen, die den Hauptteil am Familieneinkommen verdienen und damit die Rolle der Ernährerin einnehmen.

[www.familienernaehrerin.de](http://www.familienernaehrerin.de)



### ■ Aus dem Bundestag

#### Tschernobyl mahnt - Für eine zukunftssichere Energieversorgung

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl schien in der internationalen und nationalen Politik bereits in Vergessenheit geraten zu sein. 25 Jahre später führen uns die aktuellen Unglücksfälle in Japan jedoch vor Augen, dass Atomenergie auch heute weder sicher noch beherrschbar ist. Wir müssen daher die Erinnerung an Tschernobyl aufrecht erhalten, in Deutschland eine sichere und effiziente Energieversorgung ohne Atomkraft auf der Grundlage Erneuerbarer Energien gewährleisten und uns international für den Ausstieg aus der Atomkraft einsetzen. Die Nutzung der Atomkraft muss noch in diesem Jahrzehnt, möglichst vor 2020, beendet werden.



In unserem Antrag (Drs. [17/5366](#)) fordern wir die Regierung auf, die zivilgesellschaftliche Erinnerung für die Katastrophe in Tschernobyl in der Ukraine und Belarus weiterhin zu unterstützen und partnerschaftlich auszubauen. Im Dialog mit der ukrainischen Regierung muss darauf hingewirkt werden, dass die Gefahren, die noch von der Reaktortruine in Tschernobyl ausgehen, beseitigt werden. International muss die Regierung sich für höchste und verbindliche Rechts- und Sicherheitsstandards von Atomkraftwer-

ken und einen weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Es darf keine Hermes-Bürgschaften für den Bau neuer Atomkraftwerke mehr geben und Technologien in diesem Bereich dürfen nicht mehr exportiert werden. In Zusammenarbeit mit anderen Staaten soll der Ausbau von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz weltweit vorangetrieben werden.

Am 13. April findet im Reichstagsgebäude eine Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Tschernobyl mahnt - 25 Jahre nach dem Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl“ statt. Näheres erfahren Sie auf:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de).



#### Deutschlands Rolle im UN-Sicherheitsrat



Der nichtständige Sitz im UN-Sicherheitsrat sollte von Deutschland dazu genutzt werden, die Sicherung des globalen Friedens voranzutreiben. Bisher fehlt es der Regierung jedoch

an einer klaren friedens- und sicherheitspolitischen Strategie, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung in unserem am 08.04. debattierten Antrag „Deutschland im UN-Sicherheitsrat – Impulse für Frieden und Abrüstung“ (Drs. [17/4863](#)) auf, sich dafür einzusetzen, dass UN-Missionen materiell besser ausgestattet und personell wie finanziell verlässlicher von einer breiten Mitgliederbasis getragen werden. Peacekeeping, Peacebuilding und die UN-Entwicklungsarchitektur sind besser zu verbinden und koordinieren. Integrierte Friedensmissionen sollen ausgebaut und weiterentwickelt werden. Die Regierung muss die Verbreitung und Umsetzung der Resolution 1325 unterstützen und einen nationalen Aktionsplan erstellen. Darin geht es um die verstärkte Einbeziehung von Frauen bei Friedensprozessen. Das Konzept „Responsibility to Protect“ (Schutzverantwortung) muss beworben werden. Im Bereich der Streumunition kommt es darauf an, das bestehende Verbot umzusetzen und zu unterstützen, auf ein vollständiges internationales Verbot hinzuwirken und die Legitimation von Streubomben zu verhindern. Die Konferenzen gegen den Transfer von kleinen und leichten Waffen und zur Massenvernichtungswaffenfreien Zone Naher Osten müssen zum Erfolg geführt werden. Deutschland muss die UN auch weiterhin finanziell so unterstützen, dass auch freiwillige Beiträge für ziviles Krisenmanagement geleistet werden können. Die geplanten Einsparungen im

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de)

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@bundestag.de)

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 5

Bereich internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik sind sehr bedenklich. Schließlich erwarten wir von der Regierung, dass sie darauf hinwirkt, dass der UN-Sicherheitsrat die weltpolitische Realität besser abbildet und durch eine ausgewogene Mitgliedschaft höhere Legitimität erhält.

### Faire Lebensmittelpreise und transparente Produktionsbedingungen

Die Konzentrationsprozesse im Lebensmitteleinzelhandel und der Missbrauch von Marktmacht wirken sich negativ auf Verbraucher, Arbeitnehmer, Umwelt und auch auf den Wettbewerb selbst aus. Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist es bisher schwierig, durch ihr Einkaufsverhalten den Markt bzw. die sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen mitzubestimmen. Durch mehr Transparenz und verständliche und vergleichbare Informationen sollen sie in Zukunft einen Einblick in soziale und ökologische Produktionsbedingungen erhalten. Mit unserem Antrag (Drs. [17/4874](#)) legen wir Vorschläge dafür vor, die wir gemeinsam mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Oxfam und 22 weiteren Organisationen erarbeitet haben. Wir fordern unter Anderem eine Stärkung des Bundeskartellamtes und die Einrichtung einer Ombudsstelle, die unfaire Marktpraktiken untersuchen bzw. als Schlichtungsstelle fungieren soll. Es soll auch eine umfassende Untersuchung der Einkaufs- und Handelsketten eingeleitet werden mit dem Ziel eines Wettbewerbs um Qualität, Fairness, Solidarität und Umweltschutz.



### Europäische Betriebsräte stärken



Die Europäischen Betriebsräte stehen im Zentrum der sozialpolitischen Gesetzgebung der Europäischen Union. 2009 wurde die Richtlinie zu Europäischen Betriebsräten neu gefasst. Auch wenn sie die Rechte der Europäischen Betriebsräte stärkt, glauben wir sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, dass deren Arbeit noch effektiver gemacht werden kann.

Daher fordern wir die Regierung in unserem Antrag (Drs. [17/5184](#)) dazu auf, bei der Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht einige zentrale Inhalte aufzunehmen. Zum einen braucht es wirksame und vor allem angemessene Sanktionen, um Verstöße gegen die Richtlinie zu verhin-

dern. Gesetzeswidrige Maßnahmen dürfen nicht vollzogen werden, Europäische Betriebsräte müssen auch gegen sie vor Gericht gehen können. Mitglieder der Europäischen Betriebsräte sowie Ausschussmitglieder müssen zur Unterrichtung von Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern Zugang zu deutschen Betrieben haben. Zudem soll im Europäischen Betriebsräterecht das Recht auf eine nachbereitende Sitzung fest geschrieben werden. Die Gremien der Europäischen Betriebsräte sollen weiterhin ein Recht darauf haben, Sachverständige und Gewerkschaftsbeauftragte zur Beratung hinzuzuziehen.

### Verbraucherschutz in der Telekommunikation stärken

Die Telekommunikationsbranche ist ein wichtiger Motor für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Mit neuen technischen Möglichkeiten entstehen in diesem Bereich auch neue Geschäftsmodelle. Dabei muss ein hohes Verbraucherschutzniveau sichergestellt werden. Dies betrifft vor allem die Transparenz von Angeboten und den Schutz vor Schulden und Belästigungen. Bereits in der letzten Legislaturperiode hat der Bundestag das Gesetz zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei besonderen Vertriebsformen beschlossen. Hohe Beschwerdezahlen bei den Verbraucherzentralen und der Bundesnetzagentur zeigen aber, dass die Ziele des Gesetzes nicht erreicht wurden.



Daher fordern wir SozialdemokratInnen in unserem Antrag (Drs. [17/4875](#)) die Regierung dazu auf, bei der anstehenden Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) wichtige Regelungen aufzunehmen. Bei Servicenummern wie den (0)180-Service-Diensten und (0)900-Premium-Diensten müssen Warteschleifen kostenlos sein. Beim Anbieterwechsel soll die Kündigung schriftlich erfolgen. Für Grunddienste mit einer maximalen Mindestvertragslaufzeit von 12 Monaten muss eine verpflichtende vertragliche Tarifvariante eingeführt werden. Weiterhin soll die Regierung das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) so ändern, dass die Verfolgung unerlaubter Telefonanrufe verbessert wird. Wir setzen uns, national als auch international, für die Verbesserung der Durchsetzbarkeit der Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern ein.

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

### Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung transparenter machen



Der Bundesrechnungshof hat 2008 fest gestellt, dass 16 % aller externen Personen in der Bundesverwaltung aus Privatunternehmen und Verbänden stammen. Damit das Vertrauen in neutrales staatliches Handeln gewahrt bleibt, muss der Bundestag seiner Kontrollfunktion in diesem Bereich nachkommen.

In unserem Antrag (Drs. [17/5230](#)) fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die Mitarbeit von Beschäftigten aus Verbänden und Unternehmen in der Bundesverwaltung einheitlich, transparent und verbindlich zu regeln. Die Berichte der Regierung darüber sollen im Bundestag öffentlich debattiert werden. Bei jedem Gesetzentwurf soll offen gelegt werden, welche externen Personen einen signifikanten Beitrag dazu geleistet haben. Den Empfehlungen des Bundesrechnungshofs muss gefolgt werden. Eine Beschäftigung über sechs Monate hinaus soll die Ausnahme bleiben und begründet werden.

### Aktuelle Stunde: Klonfleischverbot

Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Europäischer Kommission und den Mitgliedstaaten über ein Verbot von Fleisch und Milchprodukten geklonter Tiere, fand am 6. April 2011 auf Verlangen der SPD-Fraktion eine Aktuelle Stunde statt. Für Ärger sorgte insbesondere die ablehnende Haltung von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) gegenüber einem Klonfleisch-Verbot.



### Brüderle schadet deutschen Verbraucherinteressen

Ulrich Kelber, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, verurteilte scharf, dass die seit drei Jahren auf europäischer Ebene geführten Verhandlungen über ein Klonfleisch-Verbot nun am Wirtschaftsminister Brüderle gescheitert sind. Die Verbraucher in Deutschland wissen nicht, ob sie „Klonfleisch auf ihrem Teller haben“.

Gegen das Klonen sprechen gute Gründe: 1. ist es Tierquälerei, weil geklonte Tiere meist sehr früh an schmerzhaften Krankheiten und Defekten sterben; 2. reduziert Klonen die genetische Vielfalt; 3. ist nicht klar, ob der Verzehr von Produkten, die von geklonten Tieren oder ihrer Nachfahren stammten, den Menschen nicht doch schaden.

Die SPD ist überzeugt, dass es ein Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher ist, zu wissen, woher die Lebensmittel stammen, wie sie produziert wurden, und welche Techniken dabei zum Einsatz gekommen und was die Folgen davon sind. Somit lautet das Fazit der SozialdemokratInnen, dass Wirtschaftsminister Brüderle mit seiner ablehnenden Haltung den deutschen Verbraucherinteressen und den deutschen Wirtschaftsinteressen geschadet hat.

### ■ Praktikum im Bundestag

#### Dara Spieß berichtet



Mein Name ist Dara Spieß. Seit letztem Herbst studiere ich an der Universität Potsdam Politik und Verwaltung mit dem Nebenfach „Recht der Wirtschaft“. Im Anschluss an mein erstes

Semester habe ich ein Praktikum im Bundestagsbüro der SPD-Abgeordneten Mechthild Rawert absolviert.

In den fünf Wochen von Anfang März bis Anfang April habe ich sowohl die Wahlkreisarbeit als auch den täglichen Betrieb des Parlamentes und seiner Abgeordneten kennengelernt. Ich konnte den organisatorischen Aufwand einer Veranstaltung miterleben und im Plenum den mehr oder weniger einstudierten politischen Reden lauschen. Außerdem hatte ich die Möglichkeit, an Arbeitsgruppen- sowie Ausschusssitzungen teilzunehmen. Insgesamt habe ich einen sehr guten Überblick über die verschiedenen Gesetzgebungsverfahren in ihrem praktischen Ablauf gewonnen.

Ich konnte auch einen Einblick in den schwierigen Prozess der Meinungsbildung und der Öffentlichkeitsarbeit gewinnen. Den Aufwand, den die Vermittlung von Themen, Meinungen, Entschlüssen und Initiativen an die Bevölkerung bedeutet, habe ich vor meinem Praktikum eindeutig unterschätzt. In vielen Veranstaltungen und Bürgergesprächen konnte ich erkennen, wie langwierig und zum Teil schwierig die Vermittlung eines Konzeptes an die BürgerInnen ist.

Andererseits hat mich das große Engagement vieler BürgerInnen erstaunt. VertreterInnen vieler Vereine, Gewerkschaften und Selbsthilfegruppen haben in Dialogen mit Frau Rawert als Vertreterin des Parlamentes und ihrer Fraktion auf aktuelle Missstände hingewiesen.

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

Dieser Austausch hat sich für mich als eines der bedeutendsten Arbeitsgebiete der Politik offenbart.

Da ich persönlich eine gebürtige Kasachin bin und jahrelang in dem Schöneberger Integrationszentrum Harmonie e.V. aktiv war, konnte ich schnell den Themen der Migration und Integration folgen. Schwerer zu ergründen waren für mich die gesundheitspolitischen Gebiete. Doch Dank des engagierten und überaus netten Büroteams habe ich mich auch in diese Themen einarbeiten können.

Im Großen und Ganzen hat mir das Praktikum sowohl lebendige Arbeitserfahrungen als auch Spaß an der Politik vermittelt, wofür ich Mechthild und ihrem Team sehr dankbar bin.

### ■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin

#### Klaus Wowereit verkörpert das Berliner Lebensgefühl

Umfrageergebnisse werden je nach persönlichem Standpunkt jeweils mehr oder weniger erfreut zur Kenntnis genommen. Als Sozialdemokratin beschäftigen mich natürlich die von Infratest dimap Anfang April ermittelten Umfrageergebnisse zur Abgeordnetenhauswahl am 18. September: Anfang April liegen die Grünen mit 28 Prozent vorne, gefolgt von der SPD mit 26 Prozent, der CDU mit 21 und der Linkspartei mit 15 Prozent. Die FDP wäre mit 3 Prozent im Abgeordnetenhaus nicht mehr vertreten.



#### Starke SPD = Wowereit als Regierender Bürgermeister

Es freut mich sehr, dass 61 Prozent der BerlinerInnen mit der politischen Arbeit von Klaus Wowereit zufrieden sind und ihn weiterhin als Regierenden Bürgermeister haben wollen. Deshalb hoffe ich, dass alle wissen dafür muss die SPD stärkste Partei bleiben.

#### Gewonnen werden Wahlen - nicht Umfragen

Als sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete ist mir sehr bewusst, dass das Stimmungshoch der Grünen stark geprägt ist vom schwarz-gelben Ausstieg aus dem schwarz-gelben Ausstieg aus dem rot-grünen Ausstieg aus der Kernenergie. Es wird einem ja schwindelig angesichts der Wendigkeit, mit der Schwarz-Gelb hier jahrelange Positionen umschmeißt. Aber nicht das (rechtswidrige) Moratorium, nicht die undemokratisch von der Kanzlerin besetzte Ethikkommission zur Atompolitik sind die Nagel-

probe. Diese findet im Juni im Deutschen Bundestag statt: Was wird gesetzlich Wirklichkeit?

Von der „Wartephase“ bis dahin profitieren die Grünen als Anti-AKW-Partei bundesweit. Die überzeugte Anti-AKW-Politik und der Einsatz für den energieeffizienten Umbau der Industrie der SPD treten dahinter zurück.

#### SPD Berlin: Wirtschaft, Arbeit und sozialer Zusammenhalt

Berlin bleibt Berlin - weil es sich wandelt. Von diesem Wandel sollen immer möglichst viele profitieren - das ist nur fair. Wir gehören zusammen. Deshalb sind unsere sozialdemokratischen Schwerpunkte Wirtschaft, Arbeit und sozialen Zusammenhalt. Was heißt das zum Beispiel für das Politikfeld Gesundheit?

**Sozialer Zusammenhalt:** Gesundheit ist Lebensqualität. Unabhängig von einem weniger oder mehr gefüllten Geldbeutel, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder Behinderung und chronischer Erkrankung sollen alle auf eine qualitativ hochwertige Infrastruktur, Versorgung und Betreuung vertrauen können. Wir SozialdemokratInnen werden die Patientenrechte stärken und ein „Aktionsprogramm Gesundheit“ auflegen, mit dem wir die Prävention stärken und Kliniken zu Gesundheitszentren ausbauen. Bei der häuslichen Pflege sollen Angehörige mehr und bessere Unterstützung erhalten.

**Arbeit und Wirtschaft:** Schon heute arbeiten im Berliner Gesundheitswesen über 150.000 Menschen, darunter 17.700 Ärzte und 3.700 Zahnärzte. Obwohl dieser Bereich viele Arbeitsmöglichkeiten bietet, sind die Rahmenbedingungen für den „Dienst am Menschen“ nicht zufriedenstellend. Gerade die professionell Pflegenden brauchen mehr „Gute Arbeit“, mehr gesellschaftliche Wertschätzung, mehr Weiterbildung und Qualifikationsmöglichkeiten und vor allem auch bessere Löhne. Nur so bekommen wir den drohenden Fachkräftemangel in den Griff.

Wenn wir auch Unternehmen der Medizintechnik- und Biotechnologie, die Hochschulen und außeruniversitären Forschungsstätten, die pharmazeutische Industrie und die Dienstleistungsunternehmen im Wellnessbereich einbeziehen, arbeiten hier rund 220.000 Menschen. Wir SozialdemokratInnen werden den Leuchtturm Berliner Gesundheitswirtschaft weiter ausbauen und so unsere Wirtschaftskraft weiter stärken.

Die Berliner SPD mit Klaus Wowereit schafft ein neues Miteinander in Berlin, in dem alle Berlinerinnen und Berliner soziale Teilhabe erfahren können.

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



## Für ein diskriminierungsfreies Gesundheitswesen



Gleich am Anfang habe ich ein großes Lob erhalten: Mit dem Forum Gesundheit für Mädchen und Frauen mit Behinderungen habe ich das Prinzip „Nicht ohne uns über uns“ realisiert. An der Veranstaltung am 29. März im Infocafé KoKuMa in Berlin Mariendorf nahmen Betroffene, Expertinnen und Vertreterinnen von Selbsthilfeorganisationen teil.

Seelische, körperliche und geistige Gesundheit ist eine Voraussetzung für ein erfülltes Leben. Gesundheit ist auch Voraussetzung für eine umfassende Teilhabe, für Inklusion. Menschen mit Behinderungen erfahren aber immer noch tagtäglich massive Ausgrenzungen und Barrieren. Sie leiden häufig auch unter Krankheiten, die sich auf besondere Art zeigen. Hierauf muss sich das Gesundheitswesen viel mehr einstellen. Den Menschen müssen Leistungen zur Verfügung gestellt werden, die ihnen Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Der gesellschaftliche Wandel dazu hat gerade erst begonnen. Auch die Akteure im müssen sich anstrengen, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung umzusetzen und den Anspruch auf eine bedarfsgerechte, flächendeckende und gemeindenahere Versorgung für Alle konsequent umzusetzen.

### Auf Kosten der Barrierefreiheit

83% aller Arztpraxen in Berlin sind nicht barrierefrei, so die Expertinnen Susanne Mansee und Susanne Handricks vom [Netzwerk behindert Frauen Berlin e.V.](#). Das betrifft auch die medizinischen Geräte und Produkte. In Berlin verfügen 82% der gynäkologischen Praxen weder über höhenverstellbare Untersuchungsstühle, noch gibt es barrierefreie Apparate für Mammographie-Screenings. Das führt zu erheblichen Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung für Frauen mit Behinderung. Eine weitere Problematik stellt die Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln dar. So werden z.B. Rollstühle oft nicht nach dem Bedarf der Menschen, sondern lediglich nach Kostengründen verschrieben. Das führt zu einer Unterversorgung und zu inakzeptablen Beeinträchtigungen der Lebensqualität.

### Kompetenz spart Kosten!

Wichtig ist auch der Abbau von mentalen Barrieren. Gesundheitspolitik darf nicht mehr über die Köpfe der Betroffenen hinweg gemacht werden. In der Diskussionsrunde beklagten viele Teilnehmerinnen, dass die Kommuni-

kation zwischen Betroffenen, Ärzten und Pflegepersonal dringend verbessert werden muss. Die Kompetenzen und der Sachverstand der Betroffenen und ihrer Verbände gehören stärker in Entscheidungen mit einbezogen, denn Kompetenz spart Kosten! Krankenhäuser und Kliniken sollten über Selbsthilfegruppen informieren und intensiver mit Selbsthilfegruppen kooperieren. Als positives Beispiel wurden die Pflegestützpunkte angeführt, die mit den Betroffenenverbänden zusammenarbeiten. Das verbessert die Beratung.

### Tatkräftiges Agieren

Das Forum Gesundheit für Frauen und Mädchen mit Behinderung hat gezeigt, dass noch viel getan werden muss, um die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung diskriminierungsfreie Wirklichkeit werden zu lassen. Zusammen mit Teilnehmerinnen werde ich zwei der konkret benannten Problemlagen angehen.

## 1.000 Euro Spende an die „Wundertüte“ der AWO Friedenau

Bei der Versteigerung von historischen SPD-Wahlplakaten aus dem SPD-Fraktionsvorstandssaal im Bundestag sind insgesamt 1.000 Euro erzielt worden. Der Erlös



kam dem Projekt „Wundertüte“ zu Gute, das Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien in Kooperation mit Schulen aus Friedenau mit Sachspenden unterstützt. Ich hatte die chance, auf die „Wundertüte“ der AWO Friedenau aufmerksam zu machen. Der Scheck wurde an die Koordinatorin der „Wundertüte“, Eva Liebchen, im Beisein des Schulleiters Uwe Runge in der Peter-Paul-Rubens-Schule am 30. März 2011 überreicht. Die Übergabe wurde von den Kindern mit Applaus und spontanen Ideen begleitet, wie das Geld am besten verwendet werden könnte.

Die ganze Aktion wurde von der Arbeitsgemeinschaft „SPD-Mitarbeiter“ initiiert. „Ich freue mich, dass unsere Idee, die historischen SPD-Wahlplakate für einen guten Zweck zu versteigern, so erfolgreich war“, erklärte die Vorsitzende der AG SPD-Mitarbeiter Anna Alexandrakis. „Besonders freut mich, dass die SPD-Bundestagsabgeordneten so gut mitgeboten haben. Mechthild Rawert hat mit 195,- EUR die höchste Summe für die Aktion gespendet.“ Die ehemalige

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (MdB) leitete die Auktion und sorgte zusätzlich für das nötige Interesse bei den mitsteigernden Kolleginnen und Kollegen.

Die AG SPD-Mitarbeiter ist ein ehrenamtlicher Zusammenschluss aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von SPD-Bundestagsabgeordneten, die sich vor dem Hintergrund der besonderen Beschäftigungsverhältnisse für die Interessen seiner Mitglieder und insbesondere für mehr Mitbestimmung einsetzt.

### Informationsangebot zu Eierstockkrebs



Am 27. März, dem Welttheatertag 2011, fand im Berliner Theater „Tiyatrom“ die Vorführung des Aufklärungsfilms „Die zweite Stimme“ der [Stiftung Eierstockkrebs](#) in türkischer Sprache mit deutschen Untertiteln statt.

Jährlich erkranken etwa 8000 Frauen in Deutschland an Eierstockkrebs. Seine Symptome können lange Zeit unentdeckt bleiben und er selbst ist immer noch weitgehend unbekannt. Bei rechtzeitiger Diagnose und Behandlung gibt es gute Chancen, diesen Krebs zu überwinden. Die Stiftung Eierstockkrebs leistet mit ihrem mehrsprachigen Informationsangebot auch einen Beitrag für ein diskriminierungsfreies, interkulturell offenes Gesundheitswesen. Ich unterstützte die Arbeit der Stiftung zur Verbesserung der Gesundheit für Frauen nachdrücklich.

„Informieren - Aufklären - Forschung stärken“ sind Ziele der Stiftung Eierstockkrebs. Darüber gaben Prof. Dr. med. Jalid Sehoul, Leiter des Europäischen Kompetenzzentrums Eierstockkrebs Charité Campus Virchow-Klinikum Berlin und Mitglied des Stiftungsvorstandes, und Dr. med. Emine Yüksel, Gynäkologin, gemeinsam auf der Veranstaltung Auskunft. Im vollen Theatersaal gab es viel Prominenz, u.a. Carolin Mazur, Mezzosopranistin, Betroffene und Stiftungsvorstandsmitglied, Tülin Pulat, Gattin des türkischen Generalkonsuls, Sema Özcan-Sarigül, Vorsitzende von BETAK e.V., Yekta Arman, Schauspieler, Dramaturg und Leiter des türkischsprachigen Theaters „Tiyatrom“. Die Vorführung des Films „Die zweite Stimme - ikinci ses“ wurde umrahmt von einem beeindruckenden künstlerischen Programm von Cancet Bilgin, Flamencotänzerin, Hatice Akyün, Schriftstellerin, und Emre Elivar, Pianist.

### ■ Terminhinweise

**14. April: 11:00 - 16:30 Uhr**

#### ● **Entgeltbewertung: leistungs- und geschlechtergerecht**

Der Deutsche Frauenrat lädt ein zu einem Fachgespräch zu Vergütungsstrukturanalysen und Entgeltbewertungssystemen.

Die Ausgangsfragen lauten:

- Wie kann eine leistungsgerechte Bezahlung von Frauen und Männern gewährleistet werden?
- Welche Rolle können Verfahren der Vergütungsstrukturanalyse bei der Überwindung der Ursachen des Gender Pay Gap spielen?
- Wie kann mit Entgeltbewertungssystemen dazu beigetragen werden, Entgeltdiskriminierung zu überwinden?

Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Weitere Infos unter:

[www.frauenrat.de](http://www.frauenrat.de)



### 01. Juni:

#### ● **Sozialwahl 2011**

Jedes sechste Jahr finden die drittgrößten Wahlen in Deutschland statt - die Sozialwahlen. In diesem Jahr wählen wieder Versicherte ihre VertreterInnen in die höchsten Gremien der Selbstverwaltung. Die Beitragszahler und Rentner entscheiden über die Zusammensetzung der Vertreterversammlung bei der Deutschen Rentenversicherung Bund. Bei den Ersatzkassen BARMER GEK, Techniker Krankenkasse (TK), Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK), KKH-Allianz und der hkk wählen die Mitglieder die Verwaltungsräte. Die Sozialwahl ist eine reine Briefwahl. Die Wahlunterlagen werden allen Wahlberechtigten zwischen dem 11. und 21. April per Post zugeschickt. Sie enthalten zwei Wahlbriefe. Pro Stimmzettel darf nur eine Liste angekreuzt werden! Danach müssen die ausgefüllten Unterlagen nur noch per Post bis spätestens zum 1. Juni zurückgeschickt werden – in Deutschland selbstverständlich portofrei. Es gilt der Tag des Posteingangs, nicht der Tag des Poststempels!



Mit der Sozialwahl nehmen Versicherte ihre Belange selbst in die Hand. **Machen Sie Gebrauch von Ihrem Recht auf Mitbestimmung!**

Weitere Infos finden Sie hier:

[www.sozialwahl.de](http://www.sozialwahl.de)



#### ■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de)

#### ■ **Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@bundestag.de)

#### ■ **www.mechthild-rawert.de**



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 10

### Einladungen zu Veranstaltungen:

**13. April: 18:30 - 20:30 Uhr**

- **Fraktion vor Ort: Pflege: Zukunftsorientierte Ausbildung – attraktives Berufsfeld**



Diskussionsveranstaltung: Um auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Pflege für alle zu gewährleisten, bedarf es einer qualifizierten Ausbildung, ausreichender Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, „Guter Arbeit“ und einer höheren gesellschaftlichen Wertschätzung. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte Ihnen Bedingungen und Chancen einer Neuorganisation der Pflegeausbildung vorstellen und über weitere Voraussetzungen einer zukunftsfesten Beschäftigung im Gesundheits- und Pflegewesen diskutieren.

ANMELDUNG über:

Telefon: (030) 227-73750, Telefax: (030) 227-76250,  
eMail: [mechthild.rawert@bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@bundestag.de)

Aula des Pestalozzi-Fröbel-Hauses, Karl-Schrader-Straße 7-8, 10781 Berlin



FRAKTION VOR ORT: Mittwoch, 13. April, 18:30 Uhr, Aula Pestalozzi-Fröbel-Haus  
**Pflege: Zukunftsorientierte Ausbildung – attraktives Berufsfeld** Diskussionsveranstaltung

**06. Mai: Ganztägig**

- **Politische Tagesfahrt**

Politik hautnah erleben:

**Ich lade 50 BürgerInnen aus meinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg und meinem Betreuungswahlkreis Reinickendorf zur politischen Tagesfahrt ein.**

**ANMELDUNGEN bis 20.4.2011** mit Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum und Geburtsort an:

Wahlkreisbüro Mechthild Rawert, MdB

Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin

Tel: 720 13 884, Fax: 720 13 994,

eMail: [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de)

(Die persönlichen Angaben sind aufgrund der Sicherheitsüberprüfung durch den Deutschen Bundestag nötig. Die Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.)

**Das Bundestagsbüro und das Wahlkreisbüro sind nach Ostern vom 26. bis zum 29. April geschlossen!**

Weitere Termin-Infos unter:

[www.mechthild-rawert.de/date-browser](http://www.mechthild-rawert.de/date-browser)

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.



## Impressum.

### Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: 030/227 737 50

Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

## Kontakt.

### Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86

12099 Berlin

Tel: 030/720 13 884

Fax: 030/720 13 994

eMail: [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de)

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

## Online.

 [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

 [www.facebook.com/mechthild.rawert](http://www.facebook.com/mechthild.rawert)

 [www.flickr.com/photos/mechthild-rawert](http://www.flickr.com/photos/mechthild-rawert)

1) Der QR-Code beinhaltet den Link auf unsere Homepage. Er ist zu lesen mit einem Smartphone, das über eine entsprechende App verfügt. Ein Reader ist z.B. zu finden unter: <http://reader.kaywa.com/getit>

### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de)

### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: [Mechthild.Rawert@bundestag.de](mailto:Mechthild.Rawert@bundestag.de)

### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

